Zeitschrift: Neue Schweizer Rundschau
Herausgeber: Neue Helvetische Gesellschaft
Band: 15 (1947-1948)

Artikel: Russland und die Donauländer
Autor: Kövér, J.F.
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-758441

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

RUSSLAND UND DIE DONAULÄNDER

VON J. F. KÖVER

Die Rivalität zwischen Russen und Angelsachsen polarisiert sich in Europa an drei Stellen: im Kampf um die Beherrschung der Dardanellen, in den gegensätzlichen Bestrebungen bei der Neuorganisierung Deutschlands und im stillen, aber zähen Ringen um das Donaugebiet. In Wirklichkeit scheint dieses letztere weder für die eine noch für die andere Gruppe einen Selbstzweck zu bilden. Seine zentrale Lage bewirkt es aber, daß jene Mächtegruppe, die sich dort festgesetzt hat, einen Vorsprung gegenüber der anderen besitzt, um die Lage sowohl in Deutschland wie im Balkan zu beherrschen. Das Donaugebiet würde im Konfliktfalle eine starke Flankenstellung darstellen. Ist es in russischen Händen, so könnten sich die Angelsachsen in Süd- und Westdeutschland nur schwer halten, gelangt es aber unter angelsächsischen Einfluß, so könnte von dort aus die russische Balkan-Stellung aufgerollt werden. Dies erklärt die Bedeutung, die von beiden Seiten den politischen Machtpositionen in den fünf Hauptstädten des Donaugebietes beigemessen wird.

Nun liegen die innerpolitischen Verhältnisse im Donaugebiet ganz anders, als an den beiden anderen neuralgischen Stellen der Scheidelinie zwischen östlicher und westlicher Einflußzone. Es gibt nur ein türkisches und nur ein deutsches Volk, es gibt aber sechs staatenbildende Völker im Donaugebiet, und zieht man die Gegensätze zwischen Tschechen und Slowaken, zwischen Serben und Kroaten in Betracht, so steht man acht Völkern gegenüber, von denen jedes seine eigene nationale Individualität besitzt und seine Innenpolitik wie auch seine außenpolitische Orientierung nach seiner eigenen Art regeln möchte. Die Türkei hat eine festgefügte Staatsform, eine Regierung, die vielleicht nicht so fest in der Volksseele verankert ist, wie es das Verhältnis von 395 Sitzen für die Regierungspartei und 62 für die Opposition in der Kammer anzudeuten scheint, die aber immerhin zielbewußt die Außenpolitik des Landes leitet und einen verläßlichen Verhandlungspartner darstellt. — Deutschland hat vorerst weder eine Staatsform noch eine Regierung, und vermutlich wird dort die Entwicklung noch Jahre hindurch von den Vier Großen kontrolliert werden. Die außenpolitische Orientierung des zukünftigen Deutsch-

land wird sich daher kaum danach richten, wie das deutsche Volk über diese Frage denkt. — Demgegenüber verteilt sich das Donaugebiet auf sechs souveräne Staaten, von denen zwei auf Seiten der Siegermächte gekämpft haben, drei nurmehr auf die Ratifizierung der bereits unterschriebenen Friedensverträge warten, um ihre volle staatsrechtliche Selbständigkeit wieder zu erlangen und einer — Oesterreich — einen Fall «sui generis» darstellt, für den es im internationalen Recht noch keinen Präzedenzfall gibt; jedenfalls muß man aber auch Oesterreich das Recht zugestehen, seine zukünftige Außen- und Innenpolitik selbst zu bestimmen. Im Donaugebiet ergibt sich daher für die beiden rivalisierenden Mächtegruppen die Notwendigkeit, mit einer Vielzahl von Faktoren zu rechnen, mit Kräften, die sich gegenseitig bekämpfen und unerwartete Nebenwirkungen zeitigen, wie im Billardspiel die rote Kugel die Spielerkugel stärker aus ihrer Bahn ablenken kann, als es bei Führung des Stoßes berechnet wurde.

Die Russen in der Führung . . .

Quer durch das Donaugebiet zieht sich der eiserne Vorhang, aber man muß sich fragen, ob diese Scheidelinie irgend etwas Gemeinschaftliches mit der Mentalität und der politischen Orientierung der Donauvölker hat. In Rumänien, in Ungarn und in Kroatien blickte man schon seit dem Jahre 1943 spähend nach der Adria und nach dem Aegäischen Meere; von dort und nicht vom Osten erhoffte man die Befreiung vom deutschen Joch. Dagegen haben Bulgaren, Serben und die Tschechen (nicht aber die Slowaken) von Anbeginn an eine Anlehnung an Rußland gesucht. Haben die Westmächte damals nicht vorausgesehen, wie wichtig ihnen bei der Ausarbeitung der europäischen Neuordnung die Beherrschung des Donaugebietes wäre? Haben sie aus Kurzsichtigkeit zugelassen, daß sich die Russen in dieser Schlüsselstellung festsetzen? Nein — sie konnten nicht anders. Sie wußten genau, daß Teile der Donauvölker eine westliche Orientierung anstrebten, und dennoch mußten sie das Gebiet den Russen überlassen. Im Frühjahr 1944 fehlten ihnen die Landungsfahrzeuge, um neben der Invasion in Frankreich noch einen Angriff im östlichen Mittelmeer vorzubereiten, und im Oktober 1944 blieb Churchill in Moskau nurmehr übrig, die eingetretene Entwicklung zu sanktionieren; aus dem ganzen Donau- und Balkangebiet konnte er einzig und allein Saloniki für die Alliierten retten.

So erhielt Rußland freie Hand im Donaugebiet. Es sollte sich aber bald zeigen, daß es diese erhandelten Möglichkeiten nicht restlos ausnützen konnte.

... doch die Angelsachsen holen auf!

In den von den Deutschen befreiten Donauländern mußte das staatliche Leben neu aufgebaut werden, und dabei zeigte es sich, daß mit Ausnahme der beiden südslawischen Länder keines der Donauvölker mehrheitlich für eine russische Orientierung gewonnen werden konnte. In Oesterreich versagten die Kommunisten ganz, in Ungarn fielen ihnen nur etwa ein Sechstel der Kammersitze zu, und selbst in der Tschechoslowakei, wo sie die besten Aussichten hatten, konnten sie die Mehrheit nicht erringen. In Jugoslawien verliefen die Wahlen selber ruhig und ergaben eine große Mehrheit für die Regierung; aber seither besagen alle Anzeichen, daß die inneren Spannungen nach Abtragung der Dankesschuld an Marschall Tito wieder aufgelebt sind. In Bulgarien ist die Opposition gegen das herrschende Regime weniger fühlbar, obschon auch dort breite Kreise die neue Innenpolitik mißbilligen. In Rumänien schließlich hat man erst ein Jahr später als in den übrigen Donaustaaten Wahlen abhalten können, da trotz aller propagandistischen und administrativen Eingriffe für die Regierung die Gefahr einer Niederlage bestand. Wenn auch die Angelsachsen nichts an der Verteilung des Donaugebietes in eine östliche und eine viel kleinere westliche Interessenzone haben ändern können, so ist es dennoch klargeworden, daß die Erstarrung der einstigen Kampflinien keineswegs eine gleich verlaufende seelische Aufspaltung des Donaugebietes in eine Zone der westlichen und der östlichen Form der Demokratie mit sich gebracht hat.

Wie denken die Donauvölker?

Man ist nur zu sehr geneigt, den seelischen Kräften im politischen Leben jede Wirksamkeit abzusprechen, weil man Jahre hindurch gesehen hat, wie es den Deutschen gelang, ganze Völker zuerst mundtot zu machen und dann als Vorspann für ihren immer schwerfälliger rollenden strategischen Karren zu benützen. Man macht aber dabei einen Denkfehler; denn man läßt, weil sie unsichtbar waren, Kräfte, die gleichzeitig *gegen* die Deutschen gewirkt haben, außer acht. Wir müssen noch lernen, die kolossale, alles aushöhlende Kraft des Unwillens der Massen abzuwägen und in unsere Berechnungen einzustellen. Hitler tat es nicht und er scheiterte daran; heute tun es die Russen im Donaugebiet nicht ...

Womit gewiß nicht gesagt sei, daß die Donauvölker samt und sonders russenfeindlich eingestellt sind. Es gibt in allen sechs Donauländern Kreise und Bevölkerungsschichten, auf die diese Bezeichnung

zutrifft, aber selbst wenn man alle abgegebenen nichtkommunistischen Wahlstimmen als Gegner der bolschewistischen Staatsform bezeichnen darf, wäre es ein gewagter logischer Sprung, die selbe Verhältniszahl für außenpolitische Belange anzuwenden. In vielen Kreisen aller sechs Donauländer hat sich die Meinung durchgesetzt, daß man wohl im eigenen Hause nur nach der eigenen Art glücklich leben kann, daß aber die Donauländer nie mehr eine Außenpolitik betreiben dürfen, die sie notgedrungen in einen Gegensatz zu Rußland bringen müßte. Leider gibt es noch keine Gallup-Analysen der Stimmung in den Donauländern, um eine annähernd richtige Antwort auf eine so komplizierte Frage zu ermitteln. Man muß sich daher auf Aussagen von verläßlichen Beobachtern verlassen, die sich immerhin auf sehr logische Gedankengänge bei diesen Völkern stützen.

Die Verfechter der östlichen Orientierung . . .

Sie sind in der Tschechoslowakei sehr zahlreich. Hier steht man einer unerwarteten Nachwirkung der Münchner Krise gegenüber, die sich vielleicht noch lange Zeit hindurch fühlbar machen wird. Damals rechnete das Land auf drei Bündnisse, von denen zwei — die Verträge mit Frankreich und mit der Kleinen Entente — sich als wertlos erwiesen. Die Russen erklärten sich damals zur aktiven Mithilfe bereit, doch konnten sie an den bedrängten Verbündeten nicht heran, und zur Münchner Konferenz wurden sie gar nicht eingeladen. Wie sehr man in Prag die Lehre aus den Tagen vom September 1938 gezogen hat, zeigt die willige Abtretung von Karpatorußland an den großen Freund im Osten. Man will nie mehr vom Wohlwollen Polens abhängen, nicht einmal wenn dieses Land gleichfalls unter russischem Einfluß steht, man will seine Zukunft auf die Freundschaft mit Rußland aufbauen und für den Notfall eine gemeinsame Grenze besitzen, durch welche die Hilfe herankommen kann. Diese Politik des Hradschin ist psychologisch verständlich. Ob sie logisch stichhaltig ist, ist eine andere Frage. Wenn aber die Tschechen einen Denkfehler begehen (den ihnen die Slowaken auch bitter vorwerfen), so sind sie damit immerhin in guter Gesellschaft; denn auch die Franzosen stellen ihre Politik Deutschland gegenüber auf eine Lage ab, die der Vergangenheit angehört. Ob es den Großen Vier gelingen wird, das deutsche Volk umzuerziehen, muß sich noch zeigen, sicher ist es aber, daß das Baldwin'sche Wort: «Die Grenzen Englands sind am Rhein» heute für jeden Engländer und für immer mehr Amerikaner zur Wirklichkeit geworden ist. Und hiedurch liegt Prag zumindest ebenso in der Reichweite einer aktiven Hilfe aus dem Westen wie aus dem

Osten. Aber diese Erkenntnis wird sich an der Moldau erst durchsetzen müssen, vorerst setzt man dort außenpolitisch auf die russische Karte.

Anders liegen die Verhältnisse in den übrigen Donauländern, vor allem in Oesterreich, das selber an die angelsächsische Interessenzone grenzt und wo niemand außer den innerpolitischen Anhängern Rußlands an eine nach Moskau orientierte Außenpolitik denkt. Viel weniger klar ist die Lage in Ungarn, wo sich die Volksmeinung durch eine ganz veraltete Auffassung merkwürdig tief beeinflussen läßt. Die Abtretung Karpatorußlands an die Russen brachte diese auf die Innenseite des Karpatenbogens, was in vielen Köpfen die Meinung erzeugt hat, daß erst hiedurch den Russen der Weg in die ungarische Tiefebene geöffnet wurde. Die Karpaten erreichen aber an der galizisch-ungarischen Grenze nur etwa 1500 Meter Seehöhe und die Pässe liegen sogar nur auf 800 Meter, somit sind sie auch im Winter durchaus befahrbar. Im Zeitalter der Flugzeuge und der motorisierten Truppen hätte also diese natürliche Grenze dem Lande ohnehin keinen Schutz geboten, aber dennoch kamen viele erst durch ihren Verlust zum Bewußtsein der außenpolitischen Abhängigkeit vom übermächtigen Nachbarn. Noch heikler gestaltet sich die Lage in Rumänien, das nicht bloß eine noch viel längere gemeinsame und offene Grenze mit Rußland hat, sondern auch in seinem Verkehr mit der Außenwelt weitaus mehr als Ungarn auf eine Verständigung mit seinem östlichen Nachbarn angewiesen ist. Ob die Russen jemals die Herrschaft über die Dardanellen erlangen werden, steht hier nicht zur Frage, aber die Herrschaft über das Schwarze Meer besitzen sie jedenfalls bereits heute. Nun ist der Seeweg, handelstechnisch betrachtet, die einzige benützbare Verbindung Rumäniens mit seinen besten Absatzmärkten, wogegen alle übrigen Donauländer (außer Bulgarien) auch die Adriahäfen benützen können und so der Kontrolle ihres Außenhandels durch die Russen entgehen. In dem gleichen außen- und innenpolitischen Dilemma befinden sich jene Kreise in Bulgarien, die keine Anhänger einer Nachahmung russischer Beispiele sind. Ganz gespaltet scheint die Bevölkerung Jugoslawiens zu sein. Die Serben und die Mazedonier erblickten immer in Rußland ihre Schutzmacht. Andererseits haben die Ereignisse in Triest gezeigt, daß die Slowenen mehrheitlich für eine westliche Orientierung sind. Unübersichtlich ist die Lage bei den Kroaten, bei denen sich ein historisches Vorurteil gegen die Italiener, nicht gegen eine außenpolitische Orientierung in der Richtung von deren westlichen Freunden auswirkt, wogegen das noch immer vorhandene Mißtrauen gegenüber Belgrad in jeder Frage, so auch in bezug auf die Anlehnung an Rußland, zur Vorsicht mahnt.

... und ihre innerpolitischen Gegenspieler.

Die innerpolitische Kräfteverteilung ist noch schwieriger zu erfassen als die Einstellung zum außenpolitischen Problem. Die Außenpolitik ist in jenen Ländern nicht jedermanns Sache, die verborgenen Zusammenhänge der Weltpolitik, die sehr komplizierten wirtschaftlichen Fragen, sind für den Durchschnittsmenschen ganz unübersichtlich und locken ihn daher auch nicht an. Er faßt auch demnach seine außenpolitische Meinung ohne richtige Einschätzung aller Komponenten. Bei unserer heutigen Untersuchung der politischen Einstellung der einzelnen Donauländer Rußland gegenüber kommt es aber nicht darauf an, ob diese den Interessen der betreffenden Länder entspricht oder nicht (was «ex Kathedra» ohnehin nicht gesagt werden könnte), sondern darauf, wie die Synthese von Millionen von individuell ausgearbeiteten oder schematisch aus irgendeiner Propaganda übernommenen Haltungen ausfällt. In der Innenpolitik spielen nun auch bei dem kleinen Mann die persönlichen Interessen mit, «sua res agitur», es geht um seine Existenz oder zumindest um seine Geltung im Verhältnis zu jenen, mit denen er um seine nächste Beförderung konkurriert. Die Parteipolitik dringt daher in den Donauländern aus ihrem ureigensten Felde in alle Verästelungen der Privatwirtschaft ein, man schließt sich einer Partei an, um eine Anstellung zu erhalten oder um Schutz gegen die eigene Vergangenheit zu finden. In dieser Hinsicht sind die meisten Donauländer heute die reinsten Mikrofilme über Nazideutschland. Im Gegensatze zu diesem unrühmlichen Vorläufer, sind aber in den Donauländern auch moralische Kräfte wirksam, vor allem die Kirche. Aus all diesen Längs- und Querverbindungen ergibt sich nicht bloß eine Aufspaltung der Donauvölker in Anhänger der roten und der weißen Rose, sondern selbst eine Teilung der einzelnen sozialen und Erwerbsschichten in zwei feindliche Lager.

Nur in drei Ländern — in Oesterreich, in der Tschechoslowakei und in Ungarn — können die Wahlergebnisse zur Beurteilung der Stärke der kommunistischen und der antikommunistischen Strömung herangezogen werden, und selbst in diesen drei Fällen nur mit einem Vorbehalt. Es ist schwer zu sagen, ob die *nicht*kommunistischen Marxisten in Ungarn und in der Tschechoslowakei auch *anti*kommunistisch gesinnt, oder nur aus parteipolitischen Gründen gesondert in den Wahlkampf eingetreten sind. In Ungarn ist der linke Flügel der Sozialdemokraten weitaus stärker als der rechte, in der Richtung der Kleinlandwirte orientierte Teil. In der Tschechoslowakei stehen erprobte Anhänger Rußlands an der Spitze der Sozialdemokraten. Nur in Oesterreich ist die Lage klar: die Sozialdemokraten sind vorbe-

haltlos antikommunistisch gesinnt. In den übrigen drei Donauländern bieten die letzten Parlamentswahlen überhaupt keinen Anhaltspunkt zur Beurteilung der Stärke der kommunistischen Strömung im Lande, da Einheitsparteien gebildet worden sind und die kommunistischen Stimmen in der Gesamtmasse der Stimmen für das Regime aufgingen.

Worauf es aber ankommt, ist nicht bloß die *heutige* Kräfteverteilung in den einzelnen donauländischen Volksvertretungen, sondern die richtige Einschätzung jener Kräfte, die permanent wirksam sind und die sich auch bei den zukünftigen Wahlen auswirken werden (vorausgesetzt, daß diese unbeeinflußt sein werden).

Die bolschewistische Lehre hat auch im Donaugebiet zahlreiche individuelle Anhänger aus dem Mittelstande. In den Reihen dieser mögen sich wohl die besten Propagandisten und die Führer der Partei befinden, aber nicht diese Anhänger verleihen ihr ihre Bedeutung. Zu einer der Hauptströmungen der Tagespolitik konnte der Kommunismus nur dank der Unterstützung des städtischen Proletariates und der Landbevölkerung ohne Landbesitz werden. Hiefür aber waren schon die Voraussetzungen in den einzelnen Donauländern grundverschieden; überdies wurde der Erfolg der kommunistischen Bestrebungen auch durch soziale und religiöse Bindung breiter Massen ungleichmäßig beeinflußt.

Oesterreich

In Oesterreich war der Einfluß der Kirche am stärksten und dementsprechend konnte der Kommunismus als innerpolitische Doktrin am schwersten an Boden gewinnen. Nicht einmal in den großen Industriestädten in der Nähe von Wien brachte es die Partei zu einer absoluten Mehrheit. Auf dem Lande, wo das religiöse Gefühl noch tiefer wurzelt und die Einstellung eines jeden unter der ständigen Kontrolle aller Nachbarn und des Dorfpfarrers steht, besitzt überdies der Kommunismus auch keinen günstigen wirtschaftlichen Nährboden. Die Bodenverteilung und die Art der landwirtschaftlichen Betriebe verlangen nicht nach einem zahlreichen landwirtschaftlichen Gesinde. Auch das Erbrecht wirkt der Proletarisierung der Bauernbevölkerung entgegen, indem es der Zersplitterung der Güter einen Riegel vorschiebt. Heftig bekämpft durch die katholische Kirche und in den Dörfern ohne Unterstützung wirtschaftlichen Ursprungs bleibt der Kommunismus in Oesterreich zu einer untergeordneten Rolle verurteilt.

In der Tschechoslowakei zeigt sich eben bei der Untersuchung dieser Frage sehr deutlich, daß sich das Land aus zwei grundverschieden gearteten Teilen zusammensetzt. In Böhmen und Mähren ist der Kommunismus sehr stark, in der Slowakei fehlt er fast ganz. Dort tritt ihm wieder die Kirche mit der ganzen, sehr beträchtlichen Macht ihres Wortes entgegen, wogegen sie in den einstigen österreichischen Kronländern lange nicht jenen Einfluß auf die Massen besitzt, um deren innerpolitische Einstellung maßgebend zu beeinflussen. Ueberdies ist die wirtschaftliche und daher auch die soziale Struktur der Slowakei anders als diejenige der westlichen Landesteile. Einen Großgrundbesitz gibt es allerdings in keinem der beiden Landesteile, damit hat bereits die erste tschechoslowakische Republik so gründlich aufgeräumt, daß das Land — im Gegensatz zu Ungarn und zu Rumänien — nach der Befreiung keine Fragen dieser Art zu lösen hatte. Dementsprechend ist auch der Kommunismus im Dorfe fast unbekannt. Man erinnere sich daran, daß die tschechischen Agrarier die stärkste parlamentarische Partei der ersten Republik waren, obschon der Kommunismus in der Tschechoslowakei, als einzige Ausnahme unter allen Donauländern, niemals verboten war. Der tschechische Bauer war und ist eben kein Kommunist. Ganz anders ist aber die Lage in den großen böhmisch-mährischen Industriezentren und in den Bergwerksgebieten. Aus den dort ansäßigen Massen stammte der überwiegende Teil der kommunistischen Stimmen bei den Wahlen vom Jahre 1946. Zweifellos stehen wir aber hier einer Erscheinung gegenüber, bei welcher die Parteipolitik aus einer Gelegenheitskonjunktur Nutzen zog. Keines der Donauländer hatte in der Zwischenkriegszeit eine so fortschrittliche Sozialpolitik wie eben die Tschechoslowakei. Hiedurch wurde die zweifellos vorhanden gewesene Ungleichheit der Vermögensverteilung zum Teile ausgeglichen, und wenn es auch einige Familien gab, die weithin sichtbar einen großen Teil des industriellen Vermögens des Landes kontrollierten, so gab es dennoch in der Tschechoslowakei niemals Schlagworte wie «les deux cents familles» in Frankreich. Es ist daher sachlich gar nicht begründet, daß eben die tschechische Arbeiterschaft in geschlossenen Reihen für den Kommunismus Stellung nahm, und zweifellos spielte dabei der Wunsch mit, den Russen gegenüber Erkenntlichkeit zu zeigen. Bekanntlich ist aber eben dieses Gefühl nicht langlebig, in der Politik schon überhaupt nicht... So hat der Kommunismus in der Tschechoslowakei nur regionale Grundlagen, die sich in der ersten Nachkriegszeit sehr stark erwiesen haben; aber erst später wird es sich zeigen, ob alles, was den Anhängern von Moskau entgegenschimmerte, auch echtes Gold war.

Ungarn

In Ungarn nahm die Entwicklung entgegengesetzte Wege, was mit den sozialen Verhältnissen in diesem Lande bis zum demokratischen Umbau im Jahre 1945 zusammenhängt. Neben dem städtischen gab es dort ein noch viel zahlreicheres dörfliches Proletariat. Die Verteilung des Grundbesitzes fußte noch stark in der historischen Ueberlieferung, von insgesamt neun Agrarformen der Zwischenkriegszeit hatte nur die erste einigermaßen nennenswerte Ausmaße angenommen, und auch dann erfolgte die Zuteilung des Bodens weniger nach sozialpolitischen Rücksichten, als im Gesichtswinkel der Belohnung parteipolitischer Verdienste, oft sogar nicht an Kleinbauern, sondern an Verwandte oder Freunde eines Potentaten im Ministerium. Während des Krieges kam dann die Enteignung der jüdischen Grundbesitzer hinzu, aber noch immer zählte man in einem Lande von nur etwas über 10 Millionen Einwohnern etwa 2 Millionen landwirtschaftliche Bevölkerung (Familienmitglieder mitgerechnet), die entweder gar keinen eigenen Boden besaßen, oder aber zu wenig, um aus dessen Ertrag leben zu können. Daß diese Massen immer mehr in die Richtung eines Radikalismus abgedrängt wurden, kann nicht verwundern, doch wirkten zwei Umstände zusammen, um die Unzufriedenheit in geregelten Bahnen zu halten. Zunächst entstand in den dreißiger Jahren eine von sehr wertvollen Schriftstellern geleitete Bewegung, die die Verhältnisse im Dorfe nicht mehr gemäß den Interessen der führenden Klassen, sondern im wahren Lichte zeigte, und aus dieser wuchs nach dem Zusammenbruch der alten Ordnung, im Jahre 1945, die Bauernpartei (nicht zu verwechseln mit der Kleinlandwirte-Partei) empor. Sie ist Mitglied der Regierungskoalition, steht gesinnungsmäßig sehr links, stellt aber immerhin ein von den Kommunisten gesondertes politisches Gebilde dar. Zweitens ist in Betracht zu ziehen, daß der Kommunismus in Ungarn während der ganzen Zwischenkriegszeit nicht bloß streng verboten war, sondern auch erbarmungslos verfolgt wurde. Daher konnte er sich nur unterirdisch organisieren, und hiezu eignete sich das Dorf wegen der leichten Kontrolle der alltäglichen Tätigkeit und der Gesinnung eines jeden Bewohners gar nicht. Die Bauernmassen hatten daher keinen Kontakt mit dieser politischen Strömung; das Dorf war im Jahre 1945 für den Kommunismus fast noch politisches Neuland, außer den Kleinlandwirten, die schon seit dem Jahre 1919 ständig eine große Rolle als oppositionelle Partei im Lande spielten, hatte dort keine Richtung einen Vorsprung vor der andern. Die Kommunisten mußten also im Dorf ebenso erst ihren Parteirahmen aufbauen wie die Bauernpartei, sie stießen aber auf den erbitterten Widerstand der Kirche, die in den

westlichen Landesteilen in der Volksseele stark verankert ist (in den östlichen Gebieten, jenseits der Tisza, ist die calvinistische Religion vorherrschend, doch ist ihre seelische Tiefenwirkung auf die Gläubigen anscheinend nicht so weitgehend wie diejenige der katholischen Kirche im transdanubischen Landesteile). Der Kommunismus hatte somit im ungarischen Dorfe bessere Voraussetzungen, als bei der Randbevölkerung irgendeines der Donauländer; aber er konnte sie im ersten Anlauf nicht gut ausnützen, weil Parallel- und Gegenwirkungen auftraten. Mittlerweile sind die ideologischen Frontlinien erstarrt! Es ist also kaum zu erwarten, daß in Ungarn sich die agrarischen Bevölkermassen in Hinkunft in zunehmendem Maße dem Kommunismus zuwenden werden, obschon die Armut auf dem Dorfe anhält und auch die sehr radikale und diesmal ehrlich durchgeführte Bodenverteilung vom Jahre 1945 nicht allen landwirtschaftlichen Arbeitern genügend Boden zuführen konnte.

Die Hauptmasse der kommunistischen Stimmen, die rund ein Sechstel aller abgegebenen Stimmen ausmachten, stammte somit in diesem Lande vom städtischen Proletariat, doch hat der Kommunismus keine erste Hypothek auf deren Gesinnung. Die Sozialdemokraten haben bei den Parlamentswahlen vom November 1945 sogar etwas mehr Stimmen auf sich vereinigt, als die linksstehenden Marxisten. Die seither eingetretene Entwicklung zeigt aber, daß diese sozialdemokratische Partei immer mehr nach links rutscht, der rechte Flügel, der eine enge Zusammenarbeit mit der in der Mitte des Feldes stehenden Kleinlandwirte-Partei vorgezogen hätte, wurde bei der «Reinigungs»-Krise vom Dezember 1946, die durch die damals aufgedeckte Verschwörung hoher Militärs und des reaktionär gesinnten Geheimbundes «Ungarische Gemeinschaft» hervorgerufen worden war, in die Minderheit gedrängt und mundtot gemacht. Ob die Sozialdemokraten später ihre Handlungsfreiheit gegenüber den Kommunisten wiedergewinnen werden, läßt sich nicht voraussagen. Es besteht jedenfalls die Möglichkeit, daß der Kommunismus bei den marxistisch gesinnten Teilen der Arbeiterschaft auf Kosten der Sozialdemokratie Boden gewinnt, wodurch seine ansonst rückläufige Entwicklung mehr als wettgemacht werden könnte. Bis zur Entdeckung der erwähnten Verschwörung konnte man bei den Kommunisten von einer politischen «senilitas praecox» sprechen; kaum ein Jahr nach der Schaffung der Regierungskoalition traten bereits Abnützungserscheinungen auf, bei *Betriebs*ratswahlen in großen Gebilden entfielen nur mehr etwa 14 Prozent auf die Kommunisten gegenüber rund 16½ Prozent im *Landes*durchschnitt! ein Jahr vorher, bei den Kammerwahlen. Zweifellos brachte aber die von den Rechtskreisen denkbar ungeschickt vorbereitete und von den Linksparteien denkbar

geschickt zur Schwächung ihrer Gegner ausgenützte Verschwörung Wasser auf die Mühle der Linksparteien. Sie können jetzt ihre Machtstellung in staatlichen Stellen, wie bei der Arbeitsvermittlung, ungehindert ausnützen und erhalten dadurch Zuwachs von seiten der Massen, denen es immer weniger um ihre politische Ueberzeugung und in zunehmendem Maße auf einen Broterwerb ankommt. So wird der Ungar in die Bahnen der Parteipolitik gezwängt, der unpolitische Mann auf der Straße verschwindet immer mehr und erst in den allernächsten Jahren wird sich die Kristallisierung der Bevölkerung nach parteipolitischen Gesichtspunkten beenden. Bestimmt wird der Kommunismus in der ungarischen Nation eine ansehnliche, vielleicht sogar eine bedeutende Stelle beziehen, bei einem normalen Verlauf der Politik wird er aber niemals eine führende Rolle erlangen.

Jugoslawien

In allen Teilen Südslawiens fehlt jeder natürliche Stützpunkt auf dem flachen Lande für einen Vorstoß des Kommunismus. In Serbien gab es nie einen Großgrundbesitz, in Bosnien wurde die alte, von den Türken geerbte Bodenverteilung noch zur Jahrhundertwende liquidiert; in Kroatien waren die Verhältnisse bis zum Zusammenbruch der österreichisch-ungarischen Monarchie ebenso ungesund wie in Ungarn, eine sehr radikale Agrarreform hat aber mit diesen sozialen Mißbräuchen aufgeräumt. Der Bauer in den sechs Bundesstaaten des neuen Jugoslawien mag Ursachen zur Unzufriedenheit haben, aber seine Armut hat ganz andere Gründe als soziale Mißstände und daher trieb sie ihn niemals und in keinem Teile des Landes in die Arme des Kommunismus. Im städtischen Proletariat konnte diese politische Lehre auch nie fest Fuß fassen. Zunächst trifft auf Jugoslawien, ebenso wie auf Rumänien und Bulgarien — einigermaßen auch auf Ungarn — zu, daß die Arbeiterschaft und große Teile der städtischen Bürgerschicht nicht bloß bäuerlichen Ursprungs sind, sondern daß sie vorerst noch seelisch im Dorfe verankert sind. Viele Arbeiter führen Jahre hindurch ein Doppelleben, sie kehren zur Erntezeit ins Dorf zurück und arbeiten nur im Winter in der Stadt; zur Zeit der großen Wirtschaftskrise zu Beginn der dreißiger Jahre hieß es auch, daß die städtische Arbeitslosigkeit mit Gratis-Fahrscheinen in das Heimatdorf weitgehend resorbiert werden könnte. Nun sind politische Ansichten reine Saisonartikel, man kann unmöglich in der Stadt zum Kommunisten werden und hernach zur Erntezeit zur alten Gesinnung zurückkehren. Ueberdies war die Propaganda der kommunistischen Partei auch in Jugoslawien streng unterdrückt. Mehr denn dies,

Belgrad war einer der Mittelpunkte der weißrussischen Emigration, so daß auch von den bürgerlichen Schichten, die in den Südostländern mit ihren vielfach noch schreibunkundigen unteren Gesellschaftsklassen auf die Massen einen größeren Einfluß ausübten als etwa in der Schweiz oder im Westen, trotz der traditionell *russen*freundlichen Einstellung, keine verständnisvolle Auslegung der *kommunistischen* Doktrin kam, um etwaige keimende Sympathien der Arbeitermassen zu ermutigen. Das Donaugebiet hat seit jeher, und erst recht in den zwei letzten Jahren, so manche unerwartete Wendung in seiner innerpolitischen Entwicklung aufgewiesen; aber daß just in Jugoslawien, wo der Kommunismus am wenigsten Voraussetzung für einen Erfolg hatte, ein so stark nach Moskau orientiertes Regime, wie es bei der Regierung Tito der Fall ist, einen so großen Wahlsieg davontragen konnte, bildet auch für den Kenner der dortigen Verhältnisse eine Ueberraschung erster Größenordnung. Vielleicht wird man einmal erfahren, wie es zu diesem Wahlergebnis kommen konnte, vorerst weiß man ja eben über dieses Land kaum etwas Genaues, nicht einmal in anderen Hinsichten, über die sonstwo offen gesprochen werden darf . . .

Rumänien

In Rumänien hat der Kommunismus einen besseren Start nehmen können als in Jugoslawien. Die Agrarreform wurde wohl auch in diesem Lande gleich nach dem ersten Weltkriege durchgeführt, aber sie war doch nicht so radikal, daß die einflußreichen Bojaren und Politiker davon ebenso erfaßt worden wären, wie gewöhnliche Sterbliche. Ueberdies hat die entsetzliche Mißwirtschaft der Zwischenkriegszeit eine Verelendung der Bauernmassen zur Folge gehabt, so daß viele vor einem Vierteljahrhundert neu geschaffene Bauerngüter zur Zeit als die Russen ins Land einrückten, längst wieder in den Händen von Mittelbauern oder Spekulanten waren. Dennoch haben die unterirdischen Organisationen der kommunistischen Partei, die trotz systematischer Verfolgung in der Zwischenkriegszeit nie ganz unterdrückt werden konnte, im Dorfe weniger Erfolg gehabt als in den Städten. In diesen letzteren waren die Mißbräuche der Politiker, die Gegensätzlichkeit zwischen dem schweren Los der Massen und dem leicht erworbenen Reichtum politisch einflußreicher Geschäftsleute, die Mißgriffe einer korrupten Verwaltung, zu sehr sichtbar, um ihre Wirkung auf die Arbeiter zu verfehlen. Die einander ablösenden Regierungen — wohl mit der Ausnahme der Maniu-Regierung im Jahre 1929 — haben überdies den Fehler begangen, nicht bloß die Kommunisten zu verfolgen, sondern auch den Sozialdemokraten hart

zuzusetzen. Einer oder wenige ihrer Führer wurden manchmal zu Kammersitzen zugelassen (die Wahlen wurden in Rumänien womöglich noch mehr als in den übrigen Südostländern durch die Verwaltungsbehörden «vorbereitet»), aber nie gab es eine loyale Zusammenarbeit zwischen der Regierung und den Vertretern der Arbeiterschaft. Daher war der Parteirahmen auch der Sozialdemokraten nur unfertig vorhanden, als es darum ging, die nunmehr selbstbewußt gewordene Arbeiterschaft in das politische Leben als vollberechtigten Partner einzuführen. Zweifellos hat also der Kommunismus gute Aussichten, sich in Rumänien zu einer politischen Partei zu entwickeln, die genug Anhang haben wird, um in jeder zukünftigen Kammer, auch ohne *Wahl*koalitionen mit anderen Parteien, eine ansehnliche Stellung einzunehmen. Mehr als eine starke *Oppositions*partei oder eines der Mitglieder einer *Regierungs*koalition kann sie aber bei freiem Spiel der Kräfte auch dort nicht werden.

Bulgarien

Eine merkwürdige, im Donaugebiet nirgends sonstwo anzutreffende Note erhielt der Kommunismus in Bulgarien. Auch dort war die Partei in der Zwischenkriegszeit verboten und ihre unterirdische Organisation zeitweise brutal verfolgt, aber die kommunistische Doktrin war dem bulgarischen Bauern dennoch nicht so wesensfremd wie etwa dem jugoslawischen Kleinlandwirt. Der bulgarische Bauer wurde nämlich schon vor Jahrzehnten dem genossenschaftlichen Gedanken aufgeschlossen und die Art der Bearbeitung der Felder, die viel Aehnlichkeit mit dem System der Kolchosen aufweist, hat im Lande sehr weitgehend Anklang gefunden. Wenn also in Bulgarien das betont russenfreundliche Regime dennoch mit einer Einheitsliste vor die Wähler trat und so den individuellen Anhang der einzelnen Koalitionsparteien bei den Volksmassen nicht aufdecken wollte, so ergibt sich daraus klar, daß die dortigen Kenner der innerpolitischen Strömungen genau gesehen haben, was von den Bauern, die etwa 80 Prozent der Bevölkerung ausmachen, erwartet werden kann und wo die Grenzen ihrer Anhänglichkeit sind.

Hat Rußland im Donaugebiet ausgespielt?

Die innerpolitischen Voraussetzungen fehlen also im Donaugebiet, um den Kommunismus zur führenden Doktrin zu erheben und die russenfreundlichen Parteien zur Herrschaft zu bringen. Die bodenstän-

digen politischen Kräfte sind aber dennoch stark genug, um in allen Donauländern — mit der einzigen Ausnahme Oesterreichs — bei freien Parlamentswahlen eine ansehnliche, in der Tschechoslowakei sogar eine sehr starke Vertretung der Kommunisten in die Kammer zu entsenden. Ebenso wie heute in Frankreich, werden im Donaugebiet die sozialdemokratischen Politiker ständig darauf achten, daß die Brücken nach links nicht abgebrochen werden, und vor allem werden sie es ablehnen, an einer Regierungskoalition mit den bürgerlichen Parteien, aber unter Ausschluß der Kommunisten, teilzunehmen, da sie sonst Gefahr laufen würden, daß die Kommunisten in der Opposition ihnen den Boden beim städtischen (und dörfischen, falls es ein solches gibt) Proletariat abgraben. Ohne Mitarbeit der beiden Arbeiterparteien wird es aber meist nicht möglich sein, eine tragfähige Regierungsmehrheit zu bilden, auch in Oesterreich kaum; denn selbst dort hätten die bürgerlichen Vertreter im besten Falle nur eine knappe Mehrheit über die Linke; schon in der Zwischenkriegszeit traf dies zu und seither hat sich eine weitere Radikalisierung der Massen vollzogen. Auch die politische Vernunft wird den Staatsmännern der Donauländer nahelegen, sich mit den Vertretern der Arbeiterschaft zu verständigen. Straff organisiert ist ja nur diese soziale Schicht, die bürgerlichen Volksteile haben der sozialistischen und der kommunistischen Parteidisziplin nichts Ebenbürtiges entgegenzustellen. Die Parteien der Mitte könnten daher auch nach Abzug der Besetzungstruppen kaum an die alleinige Uebernahme der politischen Verantwortung denken, selbst wenn ihnen die rein numerischen Verhältnisse im Parlament dies gestatten würden, da sie sonst riskieren, beim ersten ernsten Meinungsunterschied einen offenen Konflikt mit der durch keine der beiden marxistischen Parteien in der Regierung vertretenen Arbeiterschaft gegenüberzustehen, was unabsehbare Folgen haben müßte. Man steht daher einer innerpolitischen Tendenz gegenüber, bei welcher die Kommunisten wohl kaum die Führung erhalten, aber unerläßlicher Bestandteil einer jeden Regierung sein werden. So wird Rußland auf die Innenpolitik aller Donauländer vermutlich einen ständigen Einfluß ausüben können, freilich ohne das entscheidende Wort zu haben.

Auch in außenpolitischer Hinsicht ist aber die russische Position im Donaugebiet fester unterbaut, als es sich aus dem bloßen Vergleich der Stimmen für die kommunistische und für die übrigen Parteien ergibt. Wie immer sich die Weltpolitik gestalten wird, sie kann über die geographische Tatsache nicht hinweggehen, daß drei von den sechs Donauländern — die Tschechoslowakei, Ungarn und Rumänien — mit Rußland gemeinsame Grenzen haben, wogegen kein einziges Donauland für die Westmächte leicht erreichbar ist. Nebst wirtschaftlichen Notwendigkeiten, deren Gewicht sich im späteren Verlaufe erhöhen

dürfte, sprechen also auch strategische Erwägungen dafür, daß das Donaugebiet keine Außenpolitik befolgen darf, die in Moskau Argwohn erwecken müßte, ansonst es für Rußland eine gebieterische Notwendigkeit wäre, diese Länder gleich zu Beginn eines etwaigen internationalen Konfliktes zu besetzen. Gewiß kommt es in einem Kriege darauf an, auf der richtigen Seite zu liegen und am Ende zum Lager der Siegermächte zu gehören. Aber die beiden letzten Kriege haben gezeigt, daß Konflikte heute so lange dauern, bis das Wirtschaftspotential des einen Lagers ganz erschöpft ist. Das bedeutet also, daß Länder, die wegen ihrer geographischen Lage unter fremde Besetzung gelangen müssen, auf einen mehrere Jahre dauernden rücksichtslosen Raubbau gefaßt sein müssen und daß sie am Ende des Krieges politisch als Sieger, wirtschaftlich aber als Besiegte dastehen werden. Um diesen Gefahren zu entgehen, gibt es für die Donauländer nur eine Möglichkeit: Sie müssen sich mit Rußland so weitgehend gutstellen, daß sie den «militärischen Spaziergang» einer Besetzung nicht provozieren. Sie dürfen sich aber nicht so weitgehend dieser Politik verschreiben, daß sie von den Angelsachsen als Feinde betrachtet werden.

Es ist ungemein schwierig, diesen politischen Seiltanz lange Zeit hindurch fortzusetzen, ohne in die eine oder andere Richtung auszugleiten. Um durchzuhalten, muß ja auch der Seiltänzer im Zirkus seine ganze Aufmerksamkeit, ungestört von allen Ablenkungen, zusammenfassen können. Sind nun die Voraussetzungen für das Gelingen dieser heiklen politischen Aufgabe im Donaugebiet gegeben?

Der Föderalismus als einzige Lösung

Gewiß nicht, denn es gibt nicht ein einheitliches Donaugebiet, sondern sechs Donauländer, die es noch erlernen müssen, eine aufeinander abgestimmte Außenpolitik und später eine gemeinsame Donaupolitik zu befolgen. Sicher hat der letzte Krieg in dieser Hinsicht fördernd gewirkt, es zählt zu den ganz wenigen politischen Aktiven, die der Weltkonflikt hinterlassen hat, daß die Donauvölker einander nähergekommen sind. Vor allem trifft dies auf die Beziehungen zwischen Ungarn und seinen Nachbarn zu. In der Zwischenkriegszeit waren diese andauernd sehr gespannt, wogegen das neue Ungarn auf Irredenta verzichtet. Dementsprechend gelang es auch mit Rumänien und mit Südslawien durchaus freundschaftliche Beziehungen herzustellen. Rumänischerseits wurde sogar der Gedanke einer Zollunion aufgeworfen, was von Ungarn nicht abgelehnt wurde, doch scheinen die Verhältnisse für die Durchführung eines so

weitführenden Plans noch nicht geeignet zu sein. Auch mit Südslawien vollzieht sich die Annäherung auf wirtschaftlichem Gebiete, wobei aber in Budapest nicht verkannt wird, daß sowohl Bukarest wie auch Belgrad das loyale Verhalten von Budapest mit einer sehr weitherzigen Minderheitspolitik beantwortet haben. Eben diese letztere Frage hat leider zu einer sehr störenden Spannung zwischen Budapest und Prag geführt, und hier scheinen die sonst so weitblickenden tschechischen Staatsmänner (vielleicht unter slowakischem Einfluß?) einen Fehler begangen zu haben, der das tschechoslowakisch-ungarische Verhältnis möglicherweise noch längere Zeit hindurch belasten wird. Anderseits hat sich nach dem allerdings nur in den Aeußerlichkeiten ähnlich gelagerten Falle des griechisch-türkischen Bevölkerungsaustausches im Jahre 1923 gezeigt, daß Ankara mit viel politischem Taktgefühl die Stimmung in Athen bald im günstigen Sinne zu beeinflussen wußte. Man kann den tschechoslowakischen Staatsmännern jenes Ausmaß an Weitblick und Weisheit zutrauen, das die türkischen Staatsmänner seinerzeit gezeigt haben ...

Ein anderer störender Gegensatz zeigt sich zwischen Oesterreich und Jugoslawien wegen Südkärnten. Die Einstellung von Belgrad muß da überraschen, da diese Frage im Jahre 1920 durch eine Volksabstimmung, deren Gültigkeit schwerlich angefochten werden könnte, geregelt worden ist und das umstrittene Gebiet weder wirtschaftlich, noch verkehrstechnisch so wichtig ist, daß es sich lohnen würde, um diesen Einsatz einen Streit auszufechten. In Belgrad scheint eine starke Tendenz zur Ausbreitung des Staates zu bestehen. Dies zeigen die Konflikte an zahlreichen Stellen der Süd- und Westgrenze des Landes. Da aber Jugoslawien unmöglich heiteren Mutes eine Einstellung wählen konnte, die das Land notgedrungen und dauernd mit mehreren Nachbarn in Konflikt bringen muß, liegt die Annahme auf der Hand, daß hier Kräfte mit im Spiele sind, die mit den Bestrebungen des jugoslawischen Volkes selber nicht organisch zusammenhängen. Eben eine föderalistische Lösung des Problems des Donaugebietes wäre am meisten geeignet, die Kräfte aller Donauvölker zentripetal auszurichten und ihnen Aufgaben zuzuweisen, die ihre ganze Energie auf lange Zeit in Anspruch nehmen würden. Die Vorteile, die ein gesichertes Zusammenwirken mit den übrigen Donaustaaten auch für Jugoslawien bedeuten würde, wären sicher einen Verzicht auf schwer zu verwirklichende, zum Teile auch überspannt erscheinende Ziele wert.

Es wäre daher sicher übereilt, die föderalistische Lösung des Problems des Donaugebietes kurz damit abzutun, daß Rußland diese nicht zulassen will. Rußland hat im Donaugebiet derzeit eine führende Stellung; sie ist aber nicht fest unterbaut. Es hat dort große

Interessen zu verteidigen, denn auch die größte kontinentale Macht hat ein Anrecht auf Sicherheit — und im letzten Kriege war das Donaubecken eines der Aufmarschgebiete zu einem Angriff auf Südostrußland. Daher wird sich Rußland freiwillig nie aus dem Donaugebiet zurückziehen. Es hat aber dort, über das Bedürfnis nach Sicherheit hinausgehend, keine Interessen, es sei denn, daß man ihm Angriffsabsichten gegen Westeuropa zuschreibt. Wer aber nicht an einen unabwendbaren dritten Weltkrieg glaubt, der muß auf eine Verständigung auf der Ebene der Weltpolitik hoffen. Und gelingt diese (was nach der Konferenz von Moskau nicht bevorzustehen scheint; aber auch das Gegenteil — der offene Konflikt — steht ja noch nicht bevor!), so wird zunächst ein neues internationales Gleichgewicht im Donaugebiet hergestellt werden, bei welchem Rußland den ihm gebührenden bedeutenden, aber nicht mehr wie heute, ausschließlichen Einfluß ausüben wird. Und nachher, als zweite Etappe zur Lösung des Problems des Donaugebietes, könnte die Zusammenfassung der Donauländer in eine Föderation ins Auge gefaßt werden, die sich außenpolitisch nicht einseitig in die Richtung einer der Weltmächte orientieren dürfte, die aber den Beziehungen zwischen Rußland und dem Donaugebiet den heute noch fehlenden politischen Unterbau liefern würde.